

VOLKS
BLATT | SPLITTERCherie Blair mit
verstauchtem Fuss

LONDON – Cherie Blair (Bild), die Frau des britischen Premierministers, hat sich den Fuss verstaucht.

Die 49-Jährige war bei dem Versuch, einen Hut aus dem obersten Schrankfach zu holen, von einem Stuhl gestürzt, wie das Büro von Tony Blair am Freitag mitteilte. Die Rechtsanwältin sei nun vorübergehend auf Krücken und einen Rollstuhl angewiesen, komme aber ihren Verpflichtungen weiterhin nach. Nach Angaben einer Sprecherin ist die Verletzung zwar unangenehm, aber nicht ernst.

Polizist spionierte
Hollywood-Promis nach

LOS ANGELES – Ob US-Schauspielerinnen Halle Berry (Bild), Jennifer Aniston oder Rockgöre Courtney Love – der Polizist Kelly Chrisman hat sie ausspioniert, genau wie dutzende andere Hollywoodstars. Der 35-Jährige kopierte vertrauliche Daten von Prominenten aus einem Computer seiner Dienststelle in Los Angeles – und wurde deshalb entlassen, berichteten US-Medien am Freitag. Chrisman sammelte nicht nur die geheimen Telefonnummern der Stars, sondern auch Informationen über deren Verkehrsdelikte oder Gesetzesübertretungen. Ermittler schliessen nicht aus, dass der Polizist die Informationen an Medien verkaufen wollte. Er selbst gab bei Verhören an, er habe die Daten im Auftrag von Vorgesetzten für ein Projekt zum besseren Schutz Prominenter gesammelt. Seine Vorgesetzten erklärten jedoch, ein derartiges Projekt sei ihnen völlig unbekannt.

Halbe Tonne Heroin in
Drogenlabors sichergestellt

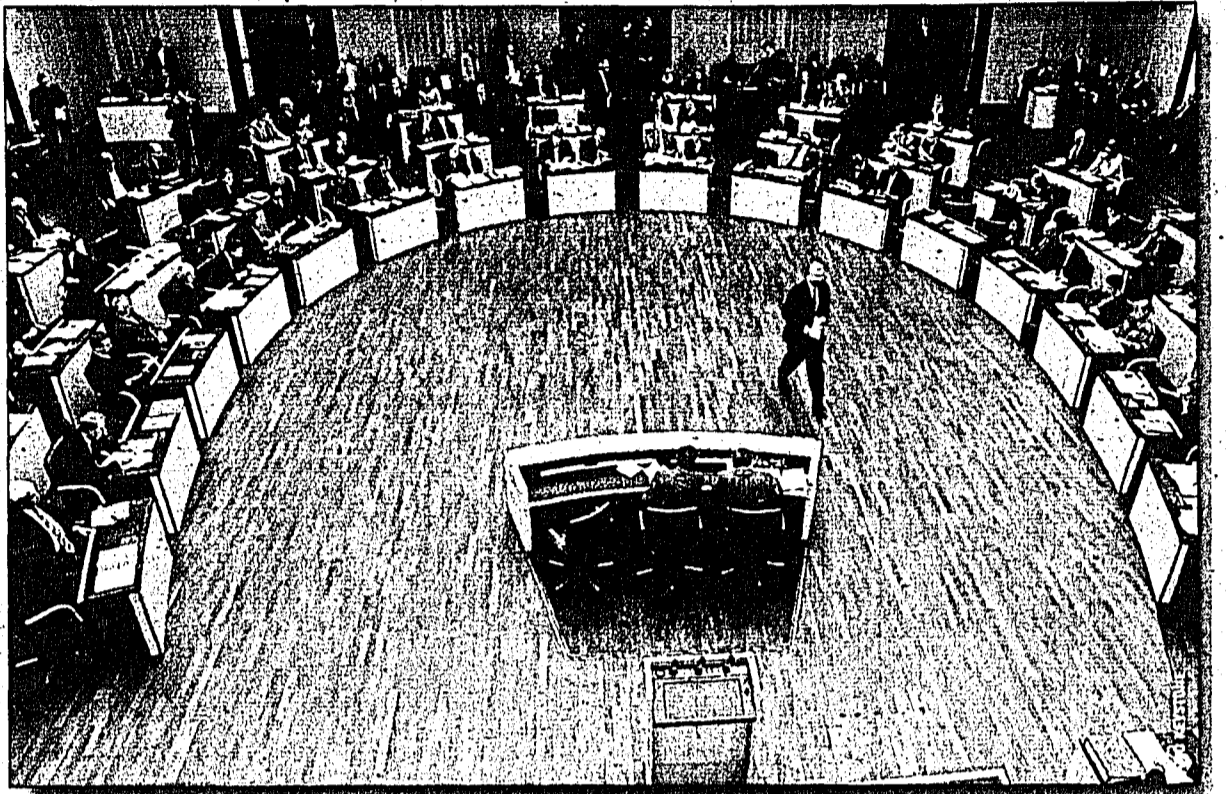
ISTANBUL – Mehr als eine halbe Tonne Heroin haben türkische Rauschgiftfahnder in Drogenlabors in Istanbul und in der Schwarzmeerstadt Rize sichergestellt. Bei den Razzien seien zudem grosse Mengen von Rohopium, Morphinbasis und Chemikalien zur Heroin-Herstellung gefunden worden, berichtete die türkische Nachrichtenagentur Anadolu gestern. 15 Mitglieder eines Drogenrings, den die Fahnder seit dreieinhalb Monaten beobachtet hatten, wurden festgenommen. Das Heroin sollte nach Europa gebracht werden.

Vorerst keine Reformen

Reformen der deutschen Regierung sind am Nein des Bundesrates gescheitert

BERLIN – In der Länderkammer betonten die rot-grüne Regierung und die Unions-Mehrheit aber ihr Interesse an einem Kompromiss noch vor Jahresende. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder forderte nach dem Nein des Bundesrats zu seinen Reform-Projekten eine «Koalition der Vernunft».

Er kritisierte die «Blockade» zusätzlicher Steuermässigungen, mit denen die Regierung die Konjunktur ankurbeln will. Noch vor dem Weihnachtsgeschäft müsse Klarheit geschaffen werden. Sonst sei die Union für weniger Wachstum und mehr Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die Ablehnung der Arbeitsmarkt- und Finanz-Reformen durch die Mehrheit der Unions-geführten Bundesländer war erwartet worden. Im Bundesrat zeigten sich aber die rot-grüne Regierung und die Unions-Ministerpräsidenten willens, einen Konsens anzustreben. Dabei sollen im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat die verschiedenen Reformen als Gesamt-Paket betrachtet werden. Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement von der SPD sagte, beide Seiten sollten nun «vernünftige, ruhige, aber sehr Ergebnis-orientierte Gespräche» führen. SPD-Finanzminister Hans Ei-



Der deutsche Bundesrat sagte nein zu den Reformplänen der Schröder-Regierung.

chel erklärte: «Die Bundesregierung weiss, dass sie zu Kompromissen bereit sein muss.» Er hoffe, dass die Unions-Länder «die ausgestreckte Hand ergreifen».

In der Bundesrats-Debatte bekräftigten die Regierung und die Unions-Länder ihre Argumente. Umstritten war vor allem das Vorziehen von zusätzlichen Steuer-Sen-

kungen auf den 1. Januar 2004. Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber sagte, auch die Union wolle eine Steuer-Reform. Eine Finanzierung vorrangig durch neue Schulden wäre aber «unverantwortlich», maximal ein Viertel dürfe durch Kredite finanziert werden. Stoiber verwies auf die Rekordverschuldung der Bundesregierung und die

enormen Finanzprobleme von Bundesländern und Gemeinden. Dagegen nannte der nordrhein-westfälische SPD-Ministerpräsident Peer Steinbrück das Vorziehen der Steuer-Reform unerlässlich, trotz der zu hohen Verschuldung von Bund, Bundesländern und Kommunen. Das Wirtschaftswachstum müsse angekurbelt werden.

Wahlkampf begann am Revolutionstag

In Russland hat der Wahlkampf für die Parlamentswahl begonnen

MOSKAU – Die Kommunistische Partei brachte am Freitag in Moskau bei einer der grössten Kundgebungen der vergangenen Jahre mehr als 10 000 Anhänger zusammen. In einem Meer roter Fahnen kritisierte der KP-Vorsitzende Gennadi Sjaganow die Führung von Präsident Wladimir Putin und forderte eine «Regelung des Volkes».

Genau einen Monat vor der Wahl zur Staatsduma wurde bezahlte politische Werbung in den Medien erlaubt. Zugleich begann eine Reihe von Fernsehdebatten der Parteien. Die Kreml-Partei Geintes Russland werde ihren Gegnern nicht den Gefallen tun, an den TV-Dis-



Russlands Kommunisten steigen mit einer Demo in den Wahlkampf.

kussionen teilzunehmen, sagte deren Vorsitzender Boris Gyslow. «Wer wollte schon die Ziele angefechten, die der Präsident gesteckt hat und die unsere Partei erfüllt – die Überwindung der Armut, Wirtschaftswachstum, eine starke Armee?», fragte der für die Zeit des Wahlkampfs beurlaubte Innenminister. Bei Umfragen vom August lagen die Kommunisten und Geintes Russland noch gleichauf bei etwa 20 Prozent. Das Vorgehen der Justiz gegen den Ölmagnaten Michail Chodorkowski hat nach Einschätzung von Beobachtern die Wahlaussichten der Kreml-Partei eher verbessert. Vor 86 Jahren hätten die Kommunisten die Macht in Russland übernommen.

Atomreaktor geplant

Franzosen planen Prototypbau

PARIS – Die französische Regierung plant den «baldigen Bau» eines Prototyps des neuen Europäischen Druckwasserreaktors (EPR). Sie wolle den lange umstrittenen Atomreaktor testen, hiess es gestern Freitag in Paris.

Die Regierung will unter allen Möglichkeiten wählen können, wenn 2012 bis 2015 die Entscheidung über die Erneuerung des Kraftwerks-Parks anstehe. Ein Prototyp sei daher unverzichtbar. Der Bau des Reaktors diene auch als Modell angesichts der technischen Entwicklung, der Sicherheitsanforderungen und um den Bau neuer Atomzentren optimal vorzubereiten, sagte Fontaine. «Der EPR ist ein europäisches; genauer ein fran-

zösisch-deutsches Projekt», sagte Fontaine. Er wurde in den neunziger Jahren von der deutschen Firma Siemens und der französischen Framatome entwickelt. Die Kosten für den Bau veranschlagte die Regierung auf rund drei Milliarden Euro.

Der Bau soll von der Industrie finanziert werden. Dabei könnten auch andere europäische Partner mit einsteigen. Der neue EPR-Reaktor werde zehn Mal sicherer und in der Stromerzeugung rund zehn Prozent günstiger sein als herkömmliche Kernkraftwerke. In Frankreich liegt der Anteil der Atomkraft an der Erzeugung des staatlichen Stromkonzerns Electricité de France (EDF) bei 78 Prozent.

Helikopterabsturz

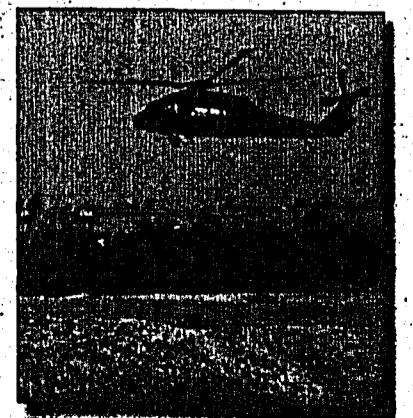
Sechs US-Soldaten gestorben

BAGDAD – Beim Absturz eines US-Helikopters in der Nähe der irakischen Stadt Tikrit sind am Freitag sechs amerikanische Soldaten ums Leben gekommen. Unterdessen erklärte die Türkei ihren Verzicht auf die Entsendung eigener Soldaten nach Irak.

Es war unklar, ob ein Angriff oder ein Unfall Ursache des Helikopterabsturzes war. Ein siebter US-Soldat wurde bei einem Angriff in der Stadt Mosul in Nordirak getötet, wo ausserdem sechs Menschen verletzt wurden.

Damit sind in der ersten Novemberwoche bei Helikopterabstürzen, Minen-, Bomben- und Panzerfaustattaken im Land insgesamt 30

amerikanische Soldaten gestorben. Die Türkei will angesichts des starken Widerstands gegen türkische Soldaten in Irak nun doch keine Truppen ins Nachbarland schicken.



Beim Absturz eines Helikopters sind sechs US-Soldaten gestorben.

ANZEIGE

WWW. .li

Grösstes
Text- und Bildarchiv
aufLiechtensteins
Mediensite

No. 1

WWW. .li